

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 2 / 2017

INTERNATIONALES

NEW YORK: ERFOLG IN DEN VERHANDLUNGEN! EIN VERTRAG FÜR EIN ATOMWAFFENVERBOT IST WIRKLICHKEIT GEWORDEN!

Am 7. Juli 2017 haben 122 Staaten ihre Zustimmung zum aktuellen Entwurf eines völkerrechtlich verbindlichen Nuklearwaffenverbots erteilt, Singapur enthielt sich und die Niederlande stimmten dagegen.



Nach dem ersten Konferenzabschnitt für eine Verbotskonvention für Atomwaffen im März 2017 in New York mit rund

130 Teilnehmerstaaten ging es vom 15. Juni bis 7. Juli in die zweite und entscheidende Runde dieser UN-Konferenz. Die Präsidentin der Konferenz, Elayne Whyte Gómez aus Costa Rica, hatte nun den ersten offiziellen Entwurf eines Vertragstextes vorgelegt. Mittlerweile wurde die dritte Version verhandelt.

In diesem Vorschlag verpflichten sich die Vertragspartner, unter keinen Umständen Atomwaffen zu entwickeln, herzustellen oder anderwertig zu beschaffen, solche zu besitzen oder zu lagern. Auch der Transfer sowie die Weitergabe der Verfügungsgewalt sollen umfassend verboten werden. Womit auch die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO nicht vertragskonform wäre. Der Einsatz von Atomwaffen wird ebenfalls untersagt. Zudem dürfen die Vertragspartner keinen anderen Partnern helfen, verbotene Aktivitäten durchzuführen. Jegliche Stationierung von Atomwaffen ist untersagt.

Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) in Wien ist mit ihren Sicherheitsabkommen im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrags (NPT) auch in der Atomwaffenverbotskonvention Grundlage für Kontrollen und Inspektionen. Alle Parteien, die Atomwaffen besitzen, müssen ein solches Abkommen abschließen. Partner, die ihr Atomwaffenarsenal eliminiert haben, werden ebenfalls durch die IAEO kontrolliert.

In der Präambel dieses Entwurfes wird auf die

humanitäre Dimension der Atomwaffenfrage hingewiesen. Die Rolle der Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft in diesen Verhandlungen werden ausdrücklich gewürdigt. Die NGOS bringen sich ja auch intensiv in die Materie ein.

Im Rahmen der Verhandlungen waren viele Fragen zur den Formulierungen zu klären. So setzte sich Österreich mit anderen Staaten für eine Öffnung des Vertrages auch für Atomwaffenstaaten ein, wenn sich diese in einer Erklärung und einem Zeitplan zum Abbau ihrer Arsenale bereit finden. Andere Themen betrafen die Frage, wie detailliert müssen Vernichtungsprozesse definiert werden oder die Hereinnahme eines Opferschutzes. Auch die Zusammenarbeit mit der IAEO bei den Kontrollen verlangt präzise Formulierungen im Vertragstext.

Nun müssen 50 Staaten ihre Ratifizierungsurkunden hinterlegen, damit der Vertrag in Kraft treten kann. Ein gutes Stück Arbeit wartet noch auf die Diplomatie um die Vertragsverweigerer mit ins Boot zu holen. Die Atomwaffenkernstaaten (USA, Russland, VR China, Frankreich und Großbritannien) haben aber bereits signalisiert, der Konvention nicht beitreten zu wollen. Doch jetzt ist mehr internationaler Druck z.B. auf die NATO-Länder möglich. Die Zivilgesellschaft ist neuerlich gefordert.

Die Rolle der österreichischen Außenpolitik und der nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen (z.B. ICAN, IPPNW, Rotes Kreuz) in diesem Konferenzprozess war jedenfalls vorbildhaft.

Manfred Sauer (IPPNW)

betrifft frieden 3/2017 wird über den Konferenzprozess und die Konvention berichten.

FRIEDENSBEWEGUNG

„LEGT DEN LEO AN DIE KETTE“ !

Am 3. und 4. März 2017 fand in Frankfurt am Main die Aktionskonferenz „Stoppt den Waffenhandel“ statt. In Deutschland – einem Großexporteur von Rüstungsgütern aller Art – regt sich massiver Widerstand gegen Rüstung und Waffenexporte. Im Wahljahr 2017 ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten diese Themen öffentlich zu machen.

Ein Konferenzbericht von MANFRED SAUER (IPPNW-Österreich).

Deutschland gilt als größtes Ausfuhrland von Waffen innerhalb der Europäischen Union und liegt mit Abstand weltweit hinter den USA und Russland an dritter Stelle. Immer wieder werden auch Lieferungen in Krisengebiete genehmigt oder finden dort auf dem Schmuggelweg ihr Ziel. Genehmigungen werden von der Bundesregierung und nachgeordneten Stellen, oft am Bundestag vorbei und meist ohne Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit, erteilt. Geschätzt eine Million Menschen könnten seit 1945 etwa durch Kleinwaffen der Firma Heckler und Koch ihr Leben verloren haben. Die Aktion „Aufschrei gegen den Waffenhandel“ mit zahlreichen prominenten Trägerorganisationen und PAX Christi Deutschland möchten mit der Aktionskonferenz 2017 neue Impulse setzen:

Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht.

Unerwartet prominenten Besuch erhielt die Konferenz am Samstag Vormittag durch den Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD). Feldmann hieß die Teilnehmer im Namen der Stadt willkommen und unterstrich die Wichtigkeit dieser Aktionen.

Protest hat Erfolg

Eine der Kampagnen von Aufschrei lautet „Panzer stoppen“. Es gelang den Export von Leopard 2-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien zu verhindern. Immerhin ist dieses Land im Krieg im Jemen verwickelt. Aktuell geht es nun darum, eine Panzerlieferung nach Katar zu verhindern. Daher die Losung: „Legt den Leo an die Kette“.

Im Frühjahr 2017 beginnt in Stuttgart ein Prozess gegen leitende Angestellte der Handfeuerwaffenfirma Heckler und Koch wegen illegaler Kleinwaffenexporte. In diesem Zusammenhang fordern die Gegner von Waffenexporten einen Zusatz zum Artikel 26.2 Deutsches Grundgesetz (Kriegswaffenkontrolle): „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht

exportiert“. Dieser Aufruf wurde schon von rund 100.000 Menschen unterstützt.

Kampagne im Wahljahr ausweiten

Die Vorstellung mehrerer geplanter Aktionen wie die Wahlprüfsteine (wie gehen die wahlwerbenden Gruppen auf diese Themen ein und welche Aussagen gibt es dazu) oder politische Kontakte und Gespräche in den Wahlkreisen sollen Anstoß zu weiteren kreativen Initiativen sein. Eine Brief- und Postkartenaktion - „Deutschland exportiert Krieg“ - und eine Aktionswoche vom 10.-16. Juli 2017 zum Thema mit vielen regionalen Veranstaltungen, ergänzen den Schwerpunkt im Wahljahr. Geplant ist auch ein Staffellauf von Oberndorf (Heckler und Koch-Standort) nach Berlin vom 21.5. - 3.6.2018, der nach spontanen Meldungen auch von weiteren Örtlichkeiten Zulauf bekommen könnte. Dieser Lauf ist derzeit schon in Detailplanung und soll, eine wie immer zusammengesetzte deutsche Bundesregierung, auf die Dringlichkeit eines Endes von Waffenexporten hinweisen. Diese Aktionen wurden in den Workshops noch vertieft.

Wichtige Informationen in den Workshops

Die Themen dort drehten sich um die Notwendigkeit demokratischer Kontrolle und von Informationsrechte bei Rüstungsexporten oder wie man mit dem Erwerb von Aktien ein Fragerecht in den Hauptversammlungen von Rüstungsunternehmen nutzen kann. „Ach und Krach in Stelzenbach“ war ein Planspiel über Waffenexporte mit verteilten Rollen. Anregungen zu gewaltfreien Aktionen und der Zusammenhang von Krieg und Gewalt mit den Flüchtlingsursachen ergänzten das Angebot. Im Workshop Kleinwaffen und Munition gab es interessante Informationen zu den Fertigungsfirmen und ihren Absprachen und Strategien, viele weitere Anregungen zu Aktionen von lokalen Initiativen und die Vorstellung der Aktion Rote Hand gegen die Rekrutierung Minderjähriger zum Militär und gegen Kindersoldaten in Konfliktregionen.

Öffentliche Kundgebung am Frankfurter Römer

Mit Redetribüne, Musikgruppen, Transparenten und Informationsmaterial wurde die Tagung am Römer fortgesetzt. Passanten konnten den Originalen täuschend ähnliche Spielzeuggewehre zersägen. Harald Hellstein, Sprecher der Kommission Rüstungsexport von PAX Christi Deutschland, erwähnte in seiner Rede die Profite der Rüstungsindustrie, die im Gefolge der Flüchtlingskrise besonders an Grenzausrüstungen im Rahmen von Frontex und bei anderen Grenzschutzprojekten verdienen würden. So werde der sogenannte NATO-Stacheldraht, der 22 mm lange und 15 mm hohe Metallklingen enthält die zu klaffenden Wunden und durchtrennte Sehnen und Bändern führen können, in tausenden Rollen bestellt und ausgelegt.

„Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten“

so Hellstein. Ein politisches Friedensgebet beschloss den Kongress am Samstag Abend. Die Tagung begleitete eine Kunstinstallation, die nach Vorlagen modellierte „goldene Nasen“ von Spitzenmanagern deutsche Rüstungsbetriebe zeigte, die sich ja mit ihren Produkten eine goldene Nase verdienen.

Es ist zu hoffen, dass auch in Österreich diese Themen mehr in die öffentliche Diskussion rücken, zumal es durchaus Parallelen gibt.

Empfohlene Literatur:

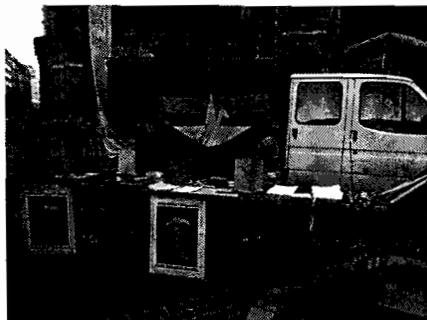
Jürgen Grässlin: **Schwarzbuch Waffenhandel**

Heyne Verlag ISBN 978-3-453-60237-3

Jürgen Grässlin, Daniel Harrich, Danuta Harrich-Zandberg:

Netzwerk des Todes. Das Enthüllungsbuch zu den Machenschaften der Waffenindustrie
Heyne Verlag ISBN 978-3-453-20109-5

GEDENKEN AN DIE OPFER DER ATOMBOMBENABWÜRFE AUF HIROSHIMA UND NAGASKI AM 6. und 9. AUGUST 1945



Sonntag; 6. August 2017 ab 18,00 Uhr Graben, Ecke Kohlmarkt, Wien Innere Stadt

PROGRAMM: Grußbotschaften, Friedenslieder, Reden, „Atomraketen köpfen“,

CBRN-Strahlenschutzteam Rotes Kreuz Wien - Strahlenschutzübung,

ca. 20,30 Uhr Laternenzug zum Teich vor der Karlskirche

HelferInnen (Laternenbasteln, Grußbotschaften aufbringen etc.) sind ab 17,00 Uhr sehr willkommen.

Mittwoch, 9. August 2017 ab 20.00 Uhr

Bei der Wiener Friedenspagode

wird mit einer traditionellen Buddhistischen Lichterzeremonie
der Opfer der Atombombenabwürfe gedacht.

A – 1020 Wien, Hafenzufahrtsstraße; mit dem Bus 80B bis zum „Buddhistischen Zentrum“

Samstag, 12. August 2016 von 10:00 bis 13:00

Gedenkaktion vor dem Rathaus in der **Fussgängerzone Melk** / Bezirks-Friedensinitiative Melk

ANALYSEN / ALTERNATIVE INFORMATIONEN

CHEMIEWAFFEN IN SYRIEN

Der bekannte deutsche Völkerrechtler Norman Paech hat aus verschiedensten Quellen Informationen zu Thema C-Waffen-Einsatz in Syrien gesammelt und interpretiert. Natürlich gibt es in dieser unübersichtlichen Kriegssituation keine letztgültige Wahrheit und Syriens Machthaber Assad, wie die vielen anderen Akteure dieses Konflikts, haben schwere menschenrechtliche Schuld auf sich geladen. Diese Analyse zeigt aber, dass nicht alles einfach erklärt werden kann und die Praxis von Lüge, Täuschung und Fehlinformation immer bei der Wahrheitsfindung bedacht werden muss.

Eine Zusammenfassung von Manfred Sauer.

Paech stützt sich in seiner Analyse auf Erkenntnisse des US-Aufdecker Journalisten Seymour Hersh, der Kriegsverbrechen wie Mylai (1968), jene beim US-Rückzug aus Kuwait gegen irakische Truppen (1991) oder den Folterskandal in Abu Ghraib bekannt machte. Hersh verfügt über ausgezeichnete Kontakte in Geheimdienstkreisen und in das politisch / militärische Umfeld in den USA. Er veröffentlichte seine Recherchen im „London Review of Books“ unter dem Titel „Whose Sarin? – Wessen Sarin?“

Obamas „rote Linie“ 2013

Bei einem Chemiewaffeneinsatz am 21. August 2013 in Syrien kamen nach unterschiedlichen Schätzungen 355 (Ärzte ohne Grenzen) bis 1.429 (US-Regierung) Menschen zu Schaden. Während die UNO sich bezüglich der Schuldzuweisungen zurückhaltend äußerte, übernahmen viele Medien die Darstellung der US-Administration, dass der Angriff mit Sarin von der syrischen Regierung angeordnet worden sei. Die US-Position vermischte allerdings mehrere Zeitebenen. Bereits im Dezember 2012 stellte ein geheimes Sensorensystem der USA für C-Waffen (Dokumente dazu von Edward Snowden) Bewegungen in einem Sarinlager fest. Dies stellte sich später aber als übliche militärische Simulationsübung heraus. Diese alten Fakten verwendete die US-Regierung nun als aktuellen Beweis gegen die syrische Regierung, obwohl die Geheimdienste keine Sensoraktivitäten im August gemeldet hatten. Fünf Tage nach dem Angriff stellte vor Ort eine Untersuchungskommission vor allem zwei Fakten fest: Bereits vor ihrem Eintreffen wurde offensichtlich verdächtige Munition herbeigeschafft, und die Raketenteile stammen vermutlich nicht aus Regierungsbeständen und hatten mit rund 2 km eine sehr kurze Reichweite. Die weiteren Ereignisse auf der Weltbühne sind bekannt, wie das „Überschreiten der roten Linie“ durch Assad (Aussage Obama), ein möglicher internationaler Vergeltungsschlag gegen Syrien und letztlich auf Vermittlung Russlands die Sicherstellung und Vernichtung

aller Chemiewaffen Syriens unter internationaler Aufsicht.

Sarin aus anderen Quellen?

Bereits Ende Mai 2013 wusste der US-Geheimdienst CIA über Sarin-Bestände bei der al-Nusra-Front, die über verschiedene Gruppierungen ursprünglich von Al Qaida aus dem Irak stammen sollen. Für US-Militärs war dies deshalb besorgniserregend, da geheime US-Spezialkräfte in dieser Region mit C-Waffen angegriffen werden konnten. Offiziell lautete die US-Linie vor der UNO aber so, dass nur das Assad-Regime über Sarin verfüge. Allerdings waren größere militärische Aktionen mit Bodentruppen seitens der USA nun zurückgestellt. Im Mai 2013 wurden 2 kg Sarin aus dem Besitz von al-Nusra im Süden der Türkei sichergestellt. Laut russischer Analyse stammte das im August verwendete Sarin nicht aus ihren Sarinlieferungen an Assad. Auch der israelische Geheimdienst könnte das bestätigen, denn er hat sich schon einmal Proben des Al-Nusra Sarins besorgt. Russland stellte Vergleichsproben mit dem Sarin vom August 2013 im Wege des britischen Geheimdienstes MI6 den USA zur Verfügung.

Im Rahmen neuerlicher Recherchen von Hersh erhärtete sich der Verdacht einer Mitwirkung der Türkei an den Vorbereitungen für den Sarin-Angriff vom August 2013, um „Obama über die rote Linie zu stoßen“. Das Weiße Haus könne aber nicht ohne Gesichtsverlust statt Assad jetzt Erdogan beschuldigen, erklärte man Hersh. Schon öfter wurden Waffen, meist von Libyen über die Türkei, mit Wissen der von Behörden, nach Syrien verbracht. Im Oktober 2013 legten Abgeordnete der türkischen CHP (Republikanische Volkspartei) in einer Pressekonferenz Dokumente vor die eine Herstellung von Sarin durch die türkische Chemiefirma MKE beweisen sollen. Laut dem türkischen Staatsanwalt Arikan soll ein Mitglied von Al-Qaida das Sarin übernommen haben. Abgehörte Telefonate belegen den Weg der C-Waffen-Kapseln und der Raketen an bestimmte Empfänger. Die Untersuchungen und Beweise hatten für involvierte Personen keine

Folgen. Die Vermutung liegt nahe, dass der türkische Geheimdienst Bescheid wusste.

Die UNO und die Chemiewaffenbehörde (OPCW) haben im Juni 2014 die Vernichtung der letzten C-Waffen-Bestände Syriens bekannt gegeben. Trotzdem wurde im März 2015 Sarin und im August 2015 Senfgas nahe Aleppo eingesetzt. Die Angriffe werden dem IS zugeschrieben. Im August 2015 beschloss der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2235, die die

Verantwortlichkeit für den Einsatz chemischer Waffen auf syrischem Territorium klären soll. Viele mögliche illegale Machenschaften, diverse Akteure mit diesen inhumanen Waffen auszustatten, werden vermutlich für immer im Dunkeln bleiben. Die immer wieder festgestellte Beteiligung von Regierungen, Geheimdiensten und anderen staatlichen Akteuren vermag uns heute aber nicht mehr zu überraschen.

BUCHBESPRECHUNG

„DEMOKRATIE – KRITISCHE REFLEXIONEN“

Während politische Eliten und die herrschenden Medien der bürgerlichen Demokratie in all ihren westlichen Varianten unter neoliberalen kapitalistischen Bedingungen den Mainstream auf das Spektakel von Wahlvorgängen lenken, lebt der „Demos“ unter immer krasserer ökonomischer und sozialer Ungleichheit, klappt die Schere zwischen Armut und Reichtum gigantisch auseinander, werden Kriege finanziert und geführt, wird die Umwelt zerstört, um dem Kapital zu dienen.

Den Fragen, was Demokratie je war, heute möglicherweise ist oder sein kann, gehen WissenschaftlerInnen in dieser schulheft-Nummer aus den Perspektiven Kritischer Pädagogik, Bildungssoziologie, Politik- und Geschichtswissenschaft nach.

Es war immer die Kritische Pädagogik, die darauf abzielt, die Handlungsräume derer zu erweitern, denen sie in den „Demokratien“ der Machteliten verwehrt wurden und werden. Es sind die ausgegrenzten „Anderen“, denen eine angestrebte demokratische

Bildung die Hoffnung auf gerechte demokratische Verhältnisse, auf „lebbarere Welten“ eröffnen will. Zu diesen „Anderen“ gehören nach wie vor Menschen, die durch hierarchisch strukturierte gesellschaftliche Differenzkategorien wie Geschlecht, sozioökonomische Herkunft, Ethnie, Religion, Hautfarbe usw., aus der männlichen, weißen, heterosexuellen westlichen Perspektive markiert werden. Auf diese „Anderen“ muss sich die Aufgabenbestimmung der Pädagogik

beziehen, z.B. die Rechte der Frauen und Migrantinnen betreffend.

Der vage Demokratiebegriff muss mit Kapitalismuskritik gefüllt werden, den effektive Demokratie macht die Demokratisierung der Wirtschaft zwingend notwendig – darauf legt dieses schulheft ein Hauptaugenmerk.

Die kurze, nur 15jährige Erste Republik ist ein Lehrbeispiel für die Schwäche der „Demokratie“ unter kapitalistischen Bedingungen.

Schlussendlich würdigt das schulheft den verdienten deutschen Friedenspädagogen Wolfgang Popp, dessen Beitrag die Friedenserziehung analysiert.

Dieses schulheft gibt viele Denkanstöße und weckt auch das Interesse an der angekündigten Nummer zu Thema „Widerstand – denkbar, sagbar, machbar“ (Nr. 4/2017)

E.R.
Pädagogische Taschenbuchreihe SCHULHEFT Nr.164, 4/2016
Redaktion: E. Renner, M. Sertl, M. Rittberger, F. Bergmaier
Studienverlag Innsbruck, 2016. 142 Seiten, Euro 16.--

TELEGRAMM I

++++Lage an der koreanischen Halbinsel besorgniserregend++**++bereits der dritte Flugzeugträgerverband der USA in der Region++**++ nordkoreanischer Diktator provoziert weiter mit Raketentests++**++**

++++südkoreanische und japanische Friedensbewegung sind in großer Sorge wie sich die USA und Nordkorea weiter verhalten werden++**++ beide Bewegungen sind seit langem in Kontakt, da es auch koreanische Opfer in Hiroshima und Nagasaki gab++**++**

HISTORISCHES

60 JAHRE GÖTTINGER APPELL

1957 wurde in der Bundesrepublik Deutschland ernsthaft eine Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen angedacht. Federführend waren der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer und sein Verteidigungsminister Franz Josef Strauß. Adenauer bezeichnete in einer Pressekonferenz taktische Atomwaffen als „Weiterentwicklung der Artillerie“, und Strauß rechtfertigte das Vorhaben damit, dass die BRD gegenüber dem Osten nicht „mit Pfeil und Bogen“ dastehen könne. Genannte Politiker hatten noch nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen. Strauß damals: „Die Hand soll verdorren, die jemals wieder ein Gewehr anfasst“.

Die Atomwaffenpläne veranlassten führende deutsche Atomwissenschaftler, unter ihnen Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und Max Born, zur Verfassung eines Appells gegen die Atomrüstung („Manifest der Göttinger Achtzehn“). Dieses Manifest wurde am 12. April 1957 an drei überregionale Tageszeitungen übermittelt. Eine andere Gruppe von Kernforschern verweigerte die Unterstützung aus Angst vor beruflichen Nachteilen. Adenauer reagierte scharf auf diesen Appell und verbat sich jegliche Einmischung der Wissenschaftler in die Politik.

Im Text des Appells verwiesen die Unterzeichner auf den Irrtum, taktische (also „kleine“) Atomwaffen

würden nur gegen militärische Einrichtungen wirken. Die Vermutung war, dass taktische Atomwaffen wohl in größeren Mengen Verwendung fänden, was zu ebensolchen Zerstörungen führen könnte, wie bei strategischen Nuklearwaffen. Gleichwohl gäbe es keinerlei technische Möglichkeiten, die Bevölkerung vor den Folgen eines

Atomwaffeneinsatzes zu schützen. Die gegenseitige Angst vor Wasserstoffbomben wäre für die Sicherung von Frieden und Freiheit auf die Dauer zu unzuverlässig. Die Wissenschaftler würden eine Mitarbeit an Atomwaffenprojekten verweigern und sahen den Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen als den besseren Schutz. Dieser Verzicht sei die bessere Förderung des Weltfriedens.

Heute ist Deutschland durch die „nukleare Teilhabe“ an den US-Atomwaffen in Europa im Nuklearkonzept der NATO involviert. Bedauerlicherweise wird aktuell - im Lichte der unklaren Außenpolitik der US-Präsidentschaft von Donald Trump - wieder eine atomare Aufrüstung Deutschlands bzw. EU-Europas offen diskutiert. 1957 konnten die zahlreichen Proteste der Zivilgesellschaft nach der Veröffentlichung des Appells der „Göttinger Achtzehn“ deutsche Atomwaffen verhindern. Aktuell bedarf es wieder großen Drucks der Zivilgesellschaft um die NATO-Länder zu zwingen, an einem 2017 verhandelten Atomwaffenverbotsvertrag mitzuarbeiten und diesem dann auch beizutreten.

Manfred Sauer

TELEGRAMM II

**+++Verteidigungsminister Doskozil ändert Vergabepaxis im Bundesheer+++bei
Waffenkäufe soll es keinen Einfluss mehr von Lobbyisten geben+++ebenso werden
Gegengeschäfte nur mehr mit unmittelbarem Militärbezug akzeptiert+++mehr österreichische
Wertschöpfung zur Förderung der RÜ-Industrie gefordert+++ob das funktionieren
wird????+++**

**+++Türkei blockiert Österreichs Programm zur NATO Partnerschaft für Frieden+++unser
Land nicht mehr NATO-tauglich?+++Minister Doskozil in Krisenmission beim
NATO-Generalsekretär+++**

PROTEST UND ANKÜNDIGUNG



Mordechai Vanunu ist ein israelischer Pazifist und Nukleartechniker. Er deckte 1986 die Existenz des bis dahin geheimgehaltenen Nuklearforschungsprogrammes Israels und damit Indizien für atomare Bewaffnung des Landes auf.

Im nächsten Heft gibt es eine Besprechung des Buches über ihn, das eine Sammlung von Protestschriften ist und im Verlag Winfried Jenior 2016 erschien.

GASTKOMMENTAR GEOPOLITIK/GEOÖKONOMIE

SICHERHEIT IN SEIDE?

Schon die einfache Addition macht beinahe schwindelig. Die Rede ist vom Projekt der „Seidenstraßen-Initiative“ und von hunderten Milliarden US-Dollar Investitionsvolumen. Manche Schätzungen liegen jenseits einer Billion Dollar. China greift für „One Belt, One Road“ (Ein Gürtel und eine Straße) tief in die Tasche. Neben den Seidenstraßenfonds kann die Volksrepublik auf zwei noch relativ junge Finanzinstitutionen zurückgreifen: Die Neue Entwicklungsbank (NDB) der fünf BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und die Asiatische Infrastruktur Investment Bank (AIIB). Beide Institutionen wurden geschaffen, um u.a. Infrastruktur an der Seidenstraße zu Land und der maritimen Seidenstraße zu finanzieren. Weltbank und Währungsfonds – die sonst die erste Geige spielen und Bedingungen diktieren – stehen im Abseits.

Bei dem 2013 von Präsident Xi Jinping angestoßenen Projekt werden Nägel mit Köpfen gemacht. Anfang Mai rollte der erste Zug von London ins ostchinesische Yiwu. Nicht nur Eisenbahnlinien, sondern auch Straßen, Häfen, Pipelines, Flugplätze, Glasfasernetze oder Raffinerien sollen Asien, Afrika und Europa enger aneinander binden. Einige sehen sich in einer Abhängigkeit von China. Und China wahrlich im Zentrum jener neuen Bündnisse und Organisationen, die einen globalen Machtübergang befördern. Das Projekt soll China einen unumkehrbaren Zugang zu Ressourcen und Märkte verschaffen. In diese Aussicht auf Wachstum sollen rund 100 Staaten eingebunden werden. Donald Trumps „America first“ trifft auf die Handelskorridore der chinesischen Seidenstraße.

Das Projekt läuft nicht ohne Widerstände. Es zeigt sich ein buntes Strauß von Konfliktformationen. Auch der von China nicht akzeptierte Schiedsspruch über die zurückgewiesenen Ansprüche im Südchinesischen Meer lassen die Interessen von Staaten der Region und den USA aneinanderprallen. Mitunter militärisch. Das Südchinesische Meer ist Teil der Seidenstraße und gilt als maritimer Superhighway des Welthandels. Die Entführung von Handelsschiffen durch Piraten am Horn von Afrika lies dort nicht nur die USA und die EU mit Marine auffahren, sondern auch China, Indien oder Russland. Im Zusammenspiel von Geopolitik und Geoökonomie entsteht auch eine chinesische Marinepräsenz am afrikanischen Kontinent. Der chinesische „Jahrtausendplan“ -

so die Frankfurter FAZ zur Seidenstraße – hat Pakistan ganz oben auf Chinas Einkaufsliste gerückt. Die Wiener Zeitung berichtet von einem Anschlag auf Arbeiter des Seidenstraßen-Projektes in Pakistan. Den Hintergrund könnte die chinesische Präsenz und drohende Dominanz bilden. Indien blickt besorgt nach Pakistan. Wie stabil die Zusammenarbeit von Russland und China im Rahmen der BRICS, der Shanghai-Organisation oder der neuen Finanzinstitutionen ist, kommt heute Kaffeesudleserei gleich. Russland will jedenfalls mehr als nur die Rolle des Rohstoff- und Rüstungslieferanten einnehmen.

Nicht alle Konflikte im Zusammenhang mit den globalen Machtübergängen sind im Atlas zu finden. Die Entwicklung der Militärausgaben, der Rüstungsexporte oder die Militarisierung des Weltraums zählen dazu. Im Raum stehen auch Fragen der künftigen Ordnung: Wer definiert die Regeln? Wie stark ist das Gewaltverbot der UNO? Bestimmen die wirtschaftlich und militärisch Potenzen? Das Gesellschaftsspiel „Die Siedler von Cathan“ kennt zwei wichtige Karten auf dem Weg zum Spielentscheid. Die „größte Rittermacht“ und die „längste Handelsstraße“. Was fehlt sind neutrale und besonnene Dialogstifter.

Thomas Roithner

Dr. Thomas Roithner ist Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Seine jüngste Veröffentlichung „Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU“ ist im Frühjahr 2017 erschienen.

(siehe auch Buchbesprechung betrifft frieden 1/2017)

TERMINE im 2. Halbjahr 2017

Die Sommerakademie Schläining

des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung auf der Friedensburg Schläining fand heuer von **Sonntag 9. Juli bis Freitag 14. Juli 2017** zum Thema **"Gewalt für den Frieden?"** statt.

Die Friedensinitiative 22

trifft sich immer am zweiten Dienstag im Monat um 19:00

Uhr in der Donaucitykirche, 1220 Wien, Donaucitystr. 2, U1 Kaisermühlen-VIC:

Di. 12. Sept – „**Alles leinwand?**“ Lieder und Texte vom Alltag mit **Ernst Toman**

Di. 10. Okt – „**Wie golden ist das Wienerherz?**“ ZARA, eine Initiative gegen Rassismus stellt sich vor.

Di. 14. Nov – **NATO**, was ist das? **Manfred Sauer** von OMEGA spricht

Di. 12. Dez – „**Welt im Umbruch – Perspektiven ...**“ von der Sommerakademie der Friedensburg Schlaining, Bericht von Alois Reisenbichler

Hiroshima und Nagasaki Gedenktage

Sonntag; 6. August 2017 ab 18,00 Uhr

am Graben, Ecke Kohlmarkt, Wien Innere Stadt
20,30 Uhr Laternenzug zum Teich vor der Karlskirche

Mittwoch, 9. August 2017 ab 20.00 Uhr

Lichterzeremonie bei der Wiener Friedenspagode
A – 1020 Wien, Hafenzufahrtsstraße
mit dem Bus 80B bis zum „Buddhistischen Zentrum“

Samstag, 12. August 2017 10,00 – 13,00 Uhr
Gedenkation in **Melk**, Fußgängerzone

Volksstimmefest

Friedenstand vom 2. - 3. September 2017 auf der Wiener Jesuitenwiese.

Pax Christi Wien

trifft sich wieder am Montag, 10. September 2017 um 18,00 in der Alten Burse, 1010 Wien, Sonnenfelsgasse 19

74. Internationales Jägerstätter Gedenken 2017 am 8. und 9. August 2017 in St. Radegund

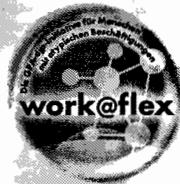
Zum Zeitpunkt der Drucklegung waren die Termine noch nicht bekannt. Information unter www.dioezese-linz.at/site/jaegerstaetter/

ERRATUM

In „Betrifft Frieden – stimmen zur Zeit“, 1/2017 war im Beitrag über die NATO von einem Beitritt der DDR 1990 die Rede. Dies führte zu Irritationen. Der Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt und die Unterzeichnung des Zwei plus Vier-Abkommens (Ende der DDR) fielen zeitlich eng zusammen. Sowjetische Truppen konnten sich bis 1994 in der ehemaligen DDR aufhalten. Allenfalls kann von einem Neueintritt (des jetzt vereinten) Deutschlands in die NATO gesprochen werden. red.

Die watchlist-prekaer.at der Interessengemeinschaft work@flex der GPA-djp richtet sich an Menschen, die unfreiwillig zur Arbeit auf Werkvertragsbasis und Freien Dienstverträgen in die Scheinselbstständigkeit gezwungen werden.

www.watchlist-prekaer.at



Wir danken für
den Druck dieser
Ausgabe der
Interessen-
gemein-
schaft der
GPA – djp
Gewerk-
schaft der
Privatange-
stellten
Druck
Journalismus
Papier

Friedensarbeit kostet Geld!!!

Spenden sind willkommen! Konto Nr.: 00263718900, lt.
auf ÖFR, bei BA-CA, BLZ 12000,
IBAN = AT15 1100 0002 6371 8900
BIC = BKAUATWW

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein
"Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen
Friedensbewegung", ZVR-Zahl 223988557, alle:
1170 Wien, Rosensteingasse 69/6.
Gestaltung dieser Ausgabe: Elke Renner, Helga Ungar, M. S.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: EigentümerIn: 100 % Verein
"Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen
Friedensbewegung".

Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in
ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale
Gerechtigkeit ein.

Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen
Fragen der Friedenspolitik.

Homepages der Friedensbewegung

www.hiroshima.at/

www.friedensbewegung.at.tf/

www.friedenschristInnen.at.tf/

www.wpc-in.org

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 2 / 2017

P.b.b. 11Z039021M 1170 Wien

Unzustellbare Exemplare an: Wiener Friedensbüro, 1050 Reinprechtsdorfer Str. 6/2